

Wirtschaft stagniert, aber Ungarns rechtspopulistische Regierung feiert ihre Erfolge

Befreiung vom Auslandsjoch für die Wiederwahl

Von unserem Korrespondenten Thomas Roser, Budapest

Die Entlassung aus dem EU-Defizitverfahren und die vorzeitige Tilgung des IWF-Darlehens feiert Ungarns rechtspopulistische Regierung als Meilensteine im Streit um die nationale Souveränität. Zwar stagniert die Wirtschaft. Doch ausländische Kritik und der Dauerkonflikt mit Brüssel scheinen Premier Orban innenpolitisch eher zu stärken als zu schwächen.

Die gestrengen Mahner des Internationalen Währungsfonds (IWF) ist Ungarns rechtspopulistische Regierung endlich los. Zu Wochenbeginn beglich Budapest acht Monate früher als vereinbart den letzten Teil des vom IWF 2008 gewährten Milliardenkredits. Auf dem Höhepunkt der globalen Finanzkrise hatten der IWF, die EU und die Weltbank mit der Bereitstellung eines 20-Milliarden-Euro-Kredits den Donaustaat vor dem drohenden Bankrott bewahrt: 12,5 Milliarden Euro des Rettungspakets hatte damals der IWF gestemmt.



Foto: AP/Geert Vanden Wijngaert

Premier Orban hat momentan gut lachen. Glaubt man den jüngsten Umfragen, geht seine Rechnung bei den Parlamentswahlen im April auf.

Rauswurf des IWF

Doch die Retter von einst sind im national erwachten Ungarn nicht mehr gefragt. Man halte eine Vertretung des IWF in Ungarn für „unbegründet“, forderte Nationalbank-Chef György Matolcsy Mitte Juli in einem Schreiben an die IWF-Chefin Christine Lagarde unverblümt auf, ihre Mitarbeiter in Budapest die Umzugskisten packen zu lassen. Die Regierung habe die IWF-Schuld getilgt, um „das Land so rasch wie möglich vom internationalen Joch zu befreien“, jubilierte der Kommentator der regierungsnahen Zeitung *Magyar Nemzet*.

Den Quasi-Rauswurf des IWF, die Entlassung des Landes aus dem EU-Defizitverfahren und die Ablehnung eines Monitoring-Verfahrens gegen Ungarn im Eu-

roparat feiert Ungarns Regierung als Meilensteine im erklärten Freiheitskampf um die nationale Souveränität. Ungarn sei aus dem Loch geklettert, in das es von den sozialistischen Vorgängern gestoßen worden sei, verkündete Premier Viktor Orban, der von „spektakulären Erfolgen“ der „innovativen Wirtschaftspolitik“ seiner Regierung spricht.

Auch von Gegenwind wie dem vernichtenden Rapport des Ungarn-Berichterstatters des Europaparlaments, Rui Tavares, lässt sich der streitbare Regierungschef nicht beirren. Niemals seit dem Kollaps des Sowjetimperiums habe eine externe Macht die „Freiheit“ besessen, die Unabhängigkeit der Ungarn „einzugrenzen“, reagierte Orban im letzten Monat auf den vom Europaparlament abgesegneten Bericht, der Budapest die Entfer-

nung von demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien vorwarf.

Viel Auslands-Feind, viel Inlands-Ehr. Nach Meinung von Peter Kreko, dem Direktor des Budapester Instituts „Political Capital“, sucht Orban in der internationalen Arena bewusst den Dauerkonflikt, um sich dem heimischen Publikum als Gralshüter der nationalen Interessen zu präsentieren. Als ebenbürtiger Gegner sei Ungarns Opposition zu gespalten, fragmentiert und zu schwach. „Kämpfer-Typ“ Orban lebe aber vom politischen Konflikt – und „importiere“ die Gegner darum aus dem Ausland, so Kreko. Egal ob IWF, EU-Kommission oder das Europaparlament: „Er braucht einen starken Feind, um den eigenen Anhang zu mobilisieren – und sich als Archetyps des ungarischen Frei-

heitskämpfers zu profilieren.“ Glaubt man den jüngsten Umfragen, geht seine Rechnung bei den Parlamentswahlen im April auf. Mit 48 Prozent der Wahlberechtigten, die noch wählen gehen wollen, liegt seine rechtspopulistische Fidesz-Partei wieder weit vor der zersplitterten Links-Op- position. Doch die große Zahl von Unentschlossenen bleibt ein Unsicherheitsfaktor: Wirtschaftspolitische Erfolgsmeldungen sollen Zweifler von dem selbstbewussten Rumpelpatrioten überzeugen.

Doch seine Botschaft von Ungarn als neuem Musterknaben der Region, der aus eigener Kraft seine Schulden tilgt und auf Wachstumskurs segelt, stößt nicht nur bei der Opposition, sondern auch bei Analysten auf gesplante Reaktionen und Widerspruch. Der IWF-Rauswurf

sei nur für das Wahlvolk gedacht, habe aber wegen der höheren Zinssätze auf den freien Markt keinerlei ökonomischen Effekt, stellt Dirk Wölfer von der Deutsch-Ungarischen Handelskammer in Budapest klar.

Die Entlassung aus dem EU-Defizitverfahren wertet er hingegen genauso wie Kreko als Erfolg. Die Absenkung des Defizits unter die Drei-Prozent-Marke sei vor allem den erhöhten Steuereinnahmen zu verdanken: Doch die vor allem Auslandskonzerne treffenden Sondersteuern für den Einzelhandel, Energie-, Banken- und Telekommunikationssektor hätten auch die Konjunktur und damit das Wachstum merklich abgebremst. Trotz leichter Erholung sei auch dieses Jahr nur mit einem Wachstum zwischen 0,5 und einem Prozent zu rechnen.

Fehlende Investitionen

Dank der Verstaatlichung der privaten Altersversorgung hat Budapest die Staatsverschuldung von 81,8 Prozent 2010 zwar knapp unter die 80 Prozent gedrückt, aber liegt damit noch immer weit über der von anderen Ländern der Region. Ohne kräftiges Wachstum bleibt das Verfassungsziel einer Staatsschuld von 50 Prozent selbst in dem von Orban gesteckten Zeitrahmen von zehn Jahren und bei anhaltend niedrigem Defizit Illusion.

Die Binnennachfrage sei weiterhin sehr schwach, das Land extrem exportabhängig, so Wölfer. Als Grundproblem Ungarns bezeichnet Wölfer die seit fünf Jahren rückgängigen Investitionen, die inzwischen fast ausschließlich von ausländischen Firmen getragen werden: „Ungarische Betriebe investieren so gut wie gar nichts mehr.“ Fehlende Rechtssicherheit, die ohne jegliche Konsultation durchs Parlament gepeitschte Gesetzesflut und die Korruption seien der Grund, dass Unternehmer selbst bei Re-Investitionen in ihre bestehenden Ungarn-Werke zunehmend ins Zweifeln geraten.

Die Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedern Ungarn und Rumänien verschlechtern sich

Keine Autonomie für Siebenbürgen

Von unserem Korrespondenten Denis Grigorescu, Bukarest

Die Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedern Ungarn und Rumänien verschlechtern sich. Anlass sind Forderungen nach mehr Selbstbestimmung der Ungarn im einst ungarischen Siebenbürgen. Präsident Basescu lehnt das entschieden ab.

Rumänien hat ein Problem mit der ungarischen Minderheit im Lande. Zumindest behaupten das ungarische Politiker und fordern Autonomie für die ungarischsprachigen Bürger Rumäniens. Die rumänische Führung sieht das ganz anders. Präsident Traian Basescu lehnt alle Autonomie-Bestrebungen vehement ab. „Es wird keine Neuordnung entlang ethnischer Linien geben“, versicherte er. Weder Siebenbürgen als Ganzes noch das überwiegend von ungarisch sprechenden Menschen bewohnte Szekler Land würden autonome Regionen. Und auch Sprecher der ungarischen Minderheit im Lande lehnen die Einmischung

aus Budapest ab und versichern, dass sie genügend Rechte in Rumänien hätten.

Jobbik-Politiker will „Konflikt“

Spannungen gab es immer wieder um die ungarischen Minderheitsrechte. Noch in der „Stalin-Zeit“, wie Basescu sagte, hatten die fraglichen Gebiete einen Sonderstatus. Den gibt es nach der demokratischen, vom rumänischen Volk angenommenen Verfassung nicht mehr. Auch gingen gelegentliche Spannungen nicht von den Regierungen in Budapest und Bukarest aus.

Beide Länder arbeiten in der Europäischen Union und der NATO international gut zusammen. Auch jetzt kam der Disput um die rumänischen Ungarn und die Szekler, eine ebenfalls ungarisch sprechende Volksgruppe, wieder von einem extrem nationalistischen ungarischen Politiker ins Rollen. Gabor Vona sagte, Ungarn müsse sogar zu einem „Konflikt“ mit Rumänien bereit sein, um die ethnischen Ungarn



Foto: AFP/John Thys

Rumäniens Präsident Traian Basescu

und ihre Rechte zu schützen. Er forderte die Autonomie von Siebenbürgen oder Transsilvanien im Nordwesten Rumäniens und des etwas zentraler gelegenen Szekler Landes. Die Frage der Autonomie könne nicht zwischen Ungarn und Rumänien, sondern nur auf europäischer Ebene gelöst werden, erklärte der

Politiker der extrem-rechten ungarischen Jobbik-Partei.

Das ungarische Außenministerium in Budapest erklärte dazu, die Jobbik gehöre nicht zur Regierung. Und im rumänischen Bukarest distanzierte sich der Vorsitzende der Partei Ungarische Demokratische Union von Rumänien (UDMR), Kelemen Hunor, von Vona Rede: „Im 21. Jahrhundert können wir Einmischung und Einfluss von extremistischen Parteien in unserer Gesellschaft nicht dulden.“ Seine Partei habe keine Verbindungen mit Jobbik oder anderen extremistischen Kräften. Diese seien keine Hilfe. „Wir weisen solche Reden zurück und distanzieren uns davon“, sagte Hunor. Seine Partei der ungarischen Minderheit stellt 32 Abgeordnete im rumänischen Parlament.

Die schärfste Kritik an Vona Rede kam jedoch vom rumänischen Präsidenten selber. Beim Sommercamp der Universität von Izvoru Muresului verwies Basescu darauf, dass sein Land ein demokratischer Einheitsstaat sei und bleiben werde. Er kritisierte den rumänischen Europa-Abgeordneten Laszlo Tokes, der

aus der ungarischen Minderheit kommt, mit den Worten: „Der hat es nicht verdient, rumänischer Bürger zu sein.“ Tokes hatte angeregt, dass Ungarn ähnliche Schutzrechte für die ungarischsprachige Bevölkerung in Siebenbürgen bekommen solle wie Österreich für die deutschsprachigen Südtiroler.

Ab 20 Prozent wird ungarisch gesprochen

Seit 2001 kann Ungarisch auch in Orten mit mehr als 20 Prozent Bewohnern der Minderheit als zweite Amtssprache benutzt werden. Die meisten ethnischen Ungarn in Rumänien leben in Siebenbürgen, wo sie nach der Volkszählung von 2011 etwa 19,6 Prozent der Bevölkerung stellen. In Städten wie Harghita und Kovaszna im Szekler Land sind demnach 85,2 und 73,7 Prozent der Ortsbevölkerung ethnische Ungarn. Das ursprünglich ungarische Siebenbürgen wurde nach dem Ersten Weltkrieg 1919 von den Siegermächten zu Rumänien geschlagen.